

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Bermüller-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachdruckverträge: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 30. Juni 1927 bei täglich zweimaliger Auflistung frei Haus 1.50 Mk.
Vorbergoesatz für Montag bis 3 Mark ohne Vorbergoesatzgebühr.

Einzelnummer 10 Pfennig

Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einzelpflichtige 10 mm breite Zelle 15 Pf., für auswärts 15 Pf., Familienanzeigen und Stellenanzeiche ohne außerhalb 30 Pf., darüber 5 Pf. die 10 mm breite Reklameteile 20 Pf., die 30 mm breite Reklameteile 30 Pf..

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/42
Druck u. Verlag von Vierich & Reichardt in Dresden
Postleitzahl-Konto 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe. "Dresdner Nachr." ist gültig. Unverlautete Schriftstücke werden nicht aufbewahrt!

Der Widerhall der Stresemann-Rede.

Starker Eindruck der gemäßigte Haltung. — Die Öffnung der deutschen Kriegsarchive wirkt.

Bessere Aussichten auf einen Sitz in der Mandatsskommission. — Ein Kompromiss der Regierungsparteien zur Auflösung.

"Ein guter Dienst für Briand."

Pariser Stimmen über die Stresemann-Rede.

Paris, 24. Juni. Die gestrige Rede Stresemans im Reichstag wird von allen Pariser Zeitungen als eine Kundgebung von großer Bedeutung bezeichnet, die den gewöhnlichen Rahmen der parlamentarischen Debatte weit überschreitet. Der Ton der Rede wird von der gesamten Presse als durchaus gemäßigt und der Inhalt der Ausführungen Stresemanns als eine äußerst nelsichtige Beurteilung der Politik von Poincaré hervorgehoben.

Die Organe der Rechten geben naturgemäß hauptsächlich auf die Erklärungen Stresemanns ein, die sich mit dem Rußlandproblem beschäftigen. — Die Linke betrachtet als Mittelpunkt der Ausführungen des Reichsaußenministers jene Stellen, die über die zukünftige Haltung Deutschlands gegenüber Rußland Auskunft geben.

Der nationalistische "Victoire" gibt gerne zu, daß wenn man Stresemann bei der Unterzeichnung des Poincaré-Paktes formal eine bedeutende Verminderung der Bevölkerungsgruppen versprochen habe, es Frankreich schwierig möglich sei, um dieses Versprechen herumzufinden. Die Ausführungen Stresemanns bezeichnet das Blatt als mutig, da Stresemann trotz der Anweisung der nationalistischen Minister im deutschen Kabinett auf einen Revanchekrieg erneut feierlich verzichtete. Stresemann hätte mit seiner Rede Briand einen guten Dienst geleistet. Wenn man aber Stresemanns Worte auch Glauben schenken sollte, müßte Deutschland mit Rußland brechen.

Perlinax im "Ech de Paris" sieht in der Rede Stresemanns eine Fortsetzung der deutschen Demarche in Genf. Man müsse Stresemann erwidern, daß nirgends eine Abmachung getroffen worden sei, die besagen würde, daß die alliierten Bevölkerungsgruppen genau auf die Stärke der deutschen Garnison vor dem Kriege zu vermindern wären. Um übrigens müßte Deutschland für eine vorzeitige Räumung eine entsprechende Gegenleistung anbieten. (1)

Millerands "Avenir" behauptet, daß es Stresemann hauptsächlich darum zu tun gewesen sei, Frankreichs Bedenken einzuschärfen. Die Antwort Stresemanns auf Poincarés Ausführungen seien zweiseitig gemäßigt. Poincaré werde es jedenfalls merkwürdig berühren, daß man ihm Unmöglichkeit in der Materie zum Vorwurf mache. Nach Dr. Stresemann müßte Frankreich also materiell und moralisch auf sein Recht auf Reparationen verzichten. Stresemann sage deutlich, was er wolle, aber nicht, was er anbiete.

Der Korrespondent des "Journal" hebt hervor, daß sich Stresemann während der ganzen Rede die größte Zurückhaltung ausserlegt und nur den Ton änderte, als er auf die deutsch-französischen Beleidigungen und auf die "L'union à la Révolution" zu sprechen kam. — Der "Petit Parisien" erklärt, daß Stresemann die friedlichen Absichten des Reiches bestätigte, aber die vollständige Wiederherstellung der deutschen Souveränität verlangte.

Der Korrespondent des "Matin" findet, daß die Rede in Stresemanns geringend enttäuschte war, wenn man die in Deutschland herrschende Stimmung berücksichtigt. — Das Stresemann-Rede hin. (T.U.)

Der vereitelte Handelsvertrag mit Frankreich.

Der deutsche Standpunkt.

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 24. Juni. Daß die deutsch-französischen Handelsverhandlungen ergebnislos geblieben sind, so daß mit dem 1. Juli allgemein ein vertragloser Zustand besteht zwischen den beiden Ländern eintrete, ist auf die Verabredung der zwischen beiden Ländern zurückzuführen. Als die französische Delegation nach Paris kam, wurde ihr vom französischen Handelsminister mitgeteilt, daß der neue Zolltarif vor dem 1. Januar 1928 nicht werde in Kraft treten können. Es ist sehr wahrscheinlich, daß auch dieser Termin noch nicht wird eingehalten werden können. Man wird damit rechnen können, daß das Antrittstreten des neuen französischen Tarifs in einem noch späteren Zeitpunkte wird erfolgen müssen. Angesichts dessen könnte für Deutschland ein weiteres Provisorium nicht unnehmbar sein. Wir haben fünfzig hintereinander solche Provisorien mit Frankreich abgeschlossen, weil wir den beiden nicht abtreten lassen wollten. Nun aber müssen wir auf einem Handelsabkommen bestehen, das mindestens ein Jahr läuft.

Von französischer Seite sind Vorschläge gemacht worden, die im Notfall bis zu einer Geltungsdauer von sechs Monaten geben. Wenn gezeigt worden ist, daß mit der Ergebnislosigkeit der jetzigen Verhandlungen ein Handelskrieg angebrochen sei, so ist das keinesfalls außergewöhnlich. Es handelt sich nur um einen vertraglosen Zustand, wie er auch bisher schon für etwa 75 Prozent unseres Handels mit Frankreich bestanden hat. Die bisherigen Provisorien brachten nur für etwa 25 Prozent eine Regelung. Es ist auch nicht richtig, daß es sich bei diesen 25 Prozent um die wichtigsten der für den Handel mit Frankreich in Frage kommenden Waren gehandelt habe. Nach dem 1. Juli wird

weder von deutscher noch voransichtlich auch von französischer Seite irgend etwas Aggressives geschehen.

Wir werden den vertraglosen Zustand um so leichter ertragen können, als die französische Einfuhr nach Deutschland stärker ist als die deutsche Ausfuhr nach Frankreich.

Trotzdem wird auch deutscherseits bedauert, daß wir zu einem Abkommen nicht gelangt sind. Uebrigens werden die Verhandlungen fortgesetzt. Für den Fall eines Nichtzustandekommens des Vertrages haben sich die beiden Regierungen vorbehalten, die Eisenpaktfrage erneut zu prüfen. Vorläufig ist deutscherseits eine Kündigung nicht in Aussicht genommen und würde dann wohl auch nur in Frage kommen, wenn auf lange Zeit hinaus der vertraglose Zustand fortduern sollte.

Die Mandatsskommission gegen Eintritt Deutschlands.

Berlin, 24. Juni. Wie aus Genf gemeldet wird, verlautet aus der Mandatsskommission, die gehe in Tagtage, daß der Präsident Theodore gegen die Zulassung eines Mandatssches an einen Deutschen sein soll, ebenso der Franzose und der Belgier. — Der Schweizer hatte bereits in der Eröffnungsrede eine ähnliche Bemerkung gemacht. Die Ansichten über eine Anerkennung des Mandats scheinen demnach

Noch keine Auslandsanleihe für Polen

Warschau, 24. Juni. Wie heute bekannt wird, soll der Abschluß der polnischen Amerika-Anleihe bis zum Herbst verschoben werden sein, da die amerikanischen Geldgeber erst die Beliegung des russisch-polnischen Konflikts abwarten wollen. (T.U.)

Illusion und Wirklichkeit.

Von unserem Prager Mitarbeiter.

Prag, 19. Juni 1927.

Die Sudeten-deutsche Probleme haben in der letzten Zeit jenseits der tschecho-slowakischen Grenzen, vor allem aber in Deutschland, an Interesse stark eingebüßt. Einerseits wollte man nach dem Eintritt deutscher Parteien in die Prager Regierung vermeiden, daß der bis dahin rein theoretische Streit zwischen dem aktivistischen und negativistischen Lager der Sudetendeutschen nun auch in den deutschen Mutterland ausgeschlagen werde, andererseits betrachtete man als ein Experiment, das durch äußere Einflüsse nicht gefordert werden durfte. Schließlich kam noch hinzu, daß der objektive Beobachter der sudetendeutschen politischen Entwicklung sich immer wieder vor die Aufgabe gestellt sah, vielfach noch bestehende und von interessierten Kreisen genährte Illusionen hinsichtlich der nationalen Bewertung des Sudetendeutschstums immer wieder in der läuflichtslosen Weise zu zerstören, eine Aufgabe, die weder angenehm noch dankbar sein konnte. Trotz alledem muß man sich vor Augen halten, daß die 8% Millionen Sudetendeutschen in der Tschecho-Slowakei den größten außerhalb der deutschen Grenzen befindlichen deutschen Volksplitter darstellen, und daß sie infolge ihrer kulturellen und vor allem wirtschaftlichen Stärke die größte Bedeutung für die Entwicklung des Gesamtdeutschstums im mittel-europäischen Raum besitzen. Ungunst der Verhältnisse und Schwierigkeit der Aufgabe können demnach kein Hindernisgrund sein, über die tatsächlichen Verhältnisse im Sudetendeutschstum ungeliebte zu berichten. Andererseits sollte das praktische Interesse für das Sudetendeutschstum nicht erlahmen, wenn in den letzten Monaten die gewohnten Nachrichten über den tschechischen Chauvinismus und die Bedrückung der Sudetendeutschen seltener geworden sind und die früher rein defensive Auflärungsarbeit eine Ergänzung durch wesentlich konstruktive Aufgaben erhalten hat.

Wir erwähnen bereits, daß es notwendig sei, Illusionen zu zerstören, an denen in der Tschecho-Slowakei wirklich kein Mangel herrscht. In erster Linie handelt es sich um die Illusion, als wenn ein deutsch-tschechische Zusammenarbeit ein Ding der Unmöglichkeit sei und die jeweils deutsch-tschechische Regierungskoalition bald abtreten müsse. Das ist eine grundsätzliche Ansicht, denn keine andere Regierung hätte sich an die Erledigung derartig schwieriger Gelegenheitskomplexe gewagt, wie die erste Nationalitätenregierung. Keine hätte so reibungslos die Steuerreform und die Wehrgelehrte zur Annahme bringen können und keine andere sich an das Projekt der tschecho-slowakischen Verwaltungsreform trauen dürfen. Die Dinge liegen heute so, daß nach der glücklichen Erledigung der Präsidentenwahl das konferentielle Kabinett Ševčík noch lange am Amt bleiben wird, und kommt eine andere Regierung, so wird auch sie rein tschechische mehr sein, sondern sicherlich unter Beteiligung deutscher Parteien zu stande kommen. Das heißt, eine sozialistische Regierung würde die deutsche und tschechische Sozialdemokratie vereinigt sehen, eine konservative Opposition deutsche und bürgerliche Parteien zusammenziehen.

Was aber für die Beurteilung der politischen Verhältnisse in der Tschecho-Slowakei noch wichtiger erscheint, ist die Tatsache, daß in den letzten Monaten neben der Annäherung der tschechischen und deutschen Landwirtschaft auch eine Annäherung der beiden nationalen Industrien zu verzeichnen ist. Seit einiger Zeit gehen ernste Bestrebungen dahin, den deutschen Hauptverband der Industrie, der seinen Sitz in Teplitz hat, mit dem tschecho-slowakischen Industriellenverband "Svaz" in Prag zu einer Spartenorganisation zu vereinigen. Wie die Verhältnisse liegen, wird diese Vereinigung nicht lange auf sich warten lassen und damit der jahrelang gehabte Gedanke eines sudetendeutschen geschlossenen Handelsstaates zum alten Eisen geworfen werden müssen. Berücksichtigt man gleichzeitig, daß die sozialistischen Gewerkschaften schon seit einer Zeit eine gemeinsame Executive besitzen, daß der tschechische Landwirtschaftsminister Černý in Raspenau in einer Versammlung des Deutschen Bundes der Landwirte eine stürmisch gefeierte Rede hielt, berücksichtigt man ferner eine ganze Reihe anderer Erscheinungen einer deutsch-tschechischen Annäherung auf materieller Grundlage, so muß man blind sein, um nicht zu sehen, wohin die Entwicklung treibt.

Der bekannte deutsche nationalsozialistische Senator Jesser, Ehrendoktor der deutschen Universität in Prag und einer der bekanntesten nationalen Führer des Sudetendeutschstums, weiß jedoch in einem viel beachteten Artikel darauf hin, daß die Tendenz der Annäherung der wirtschaftlichen Organisationen beider Nationen eine sehr natürliche sei. Sie sei wichtiger als die politische, denn sie schaffe die die ersten die Voranstellungen. Der Kampf zwischen Tschechen und Sudetendeutschen sei in den ersten Jahren seit der Gründung des Staates hauptsächlich ein Kampf um die wirtschaftliche Hegemonie gewesen. Das Streben nach der politischen Macht sei immer gleichbedeutend gewesen mit dem Streben nach der wirtschaftlichen Vorherrschaft, es müsse daher das Ziel jeder sudetendeutschen Politik sein, den politischen Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschaft nicht allein den Tschechen zu überlassen. Diese Forderung bestehet an sich

